

Zum Frauentag: Rosa Luxemburg, Kühnheit und Ausdauer

7 Mär. 2026 19:57 Uhr

Nein, an diesem Tag geht es nicht um das Überreichen von Blümchen. Es geht eigentlich um die Gleichheit der Geschlechter, eingebettet in das Streben nach Gleichheit der Menschen. Also ein Tag, an dem man an Rosa Luxemburg denken sollte.



© mit KI erstellt
Symbolbild

Von Dagmar Henn

Über hundert Jahre nach seinen Anfängen hat sich der Internationale Frauentag weit davon entfernt; von vielen wird er gar nicht mehr als politischer Feiertag wahrgenommen, auch wenn es die Sozialistin Clara Zetkin war, die seine Einführung vorantrieb. Und auch wenn das Datum, das anfangs noch nicht genau festgelegt war, letztlich am 8. März verankert wurde, weil an diesem Tag im Jahr 1917 nach dem gregorianischen Kalender der Streik von Textilarbeiterinnen in Petersburg die Februarrevolution in Russland ausgelöst hatte.

Zu diesem Zeitpunkt war der Frauentag in Deutschland ein Tag heimlicher Treffen, ein Anlass, zu dem sich die Gegner des Weltkriegs versammelten, der von jenem Teil der Arbeiterbewegung begangen und genutzt wurde, der nicht mit auf die Kriegshysterie umgeschwenkt war. Kein Tag der Nelken, sondern ein Tag des heimlichen Kampfes für ein Ende des Gemetzels.

Eine Zeit, die uns heute eigentlich näher ist als die relative Ruhe des Jahres 1975, als die Vereinten Nationen diesen Tag offiziell und weltweit einführten. Nicht nur wegen des Kriegsgeschreis, auch nicht nur, weil die politischen Freiheiten in allen Ländern des Westens auf eine Weise bedroht sind, die sehr an

den Burgfrieden des ersten Weltkriegs erinnert. Oder weil kaum zu übersehen ist, dass all dieses Chaos für eine Phase des Umbruchs steht, wie sie sich damals auch anbahnte. Sondern weil diese Gegenwart in einem lang ungewohnten Maß Kühnheit und Klarheit erfordert und mit "business as usual" nicht bewältigt werden kann.

Was zu einer Frau führt, der es gelang, den Kampf gegen diesen Krieg in Deutschland selbst aus einer Gefängniszelle heraus zu leiten, bis sie Anfang November 1918 durch den Aufstand aus ihr befreit wurde: Rosa Luxemburg.

Ja, für sie war die Frauenfrage nur eine unter vielen, und ihre theoretischen Arbeiten befassen sich vor allem mit anderen Themen. Sie hat das auch klar formuliert:

"So wie nun aber die Pflicht zum Protest und zum Kampf gegen die nationale Unterdrückung für die Klassenpartei des Proletariats überhaupt nicht aus einem besonderen 'Recht der Nationen' folgt, so folgt auch dessen Streben nach sozialer und politischer Gleichberechtigung der Geschlechter überhaupt nicht aus einem besonderen 'Recht der Frauen', auf welches sich die bürgerliche Bewegung der Frauenrechtlerinnen beruft, sondern allein aus dem allgemeinen Gegensatz zum Klassensystem, zu jeder Form von sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Herrschaft, mit einem Wort aus der prinzipiellen Haltung des Sozialismus."

Die Kühnheit erkennt man, wenn man ihre Geschichte mit der bürgerlichen Frauenbewegung vergleicht – sie verbandte ihre Zeit nicht auf den Kampf für das Frauenwahlrecht, der in gewisser Weise ein Kampf für eine offizielle Erlaubnis war, Politik machen zu dürfen (erst ab 1908 durften Frauen in Deutschland Mitglieder politischer Parteien werden, was die SPD schon lange ignoriert hatte; das Wahlrecht gab es erst nach der Revolution 1918), sondern sie machte sie einfach. Als Rednerin, als Organisatorin, als Lehrerin an der damaligen Parteischule der SPD, und als Theoretikerin.

Im Jahr 1871 im russischen Teil Galiziens geboren und in Warschau aufgewachsen, hatte sie die polnische Heimat als 18-Jährige verlassen, um einer Verhaftung aus politischen Gründen zu entgehen. Sie studierte dann in der Schweiz, promovierte über die Industrialisierung Polens und lebte und arbeitete ab 1898 in Deutschland, nachdem sie über eine Scheinehe die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt hatte. In jener Zeit, als politische Debatten gerade innerhalb der Arbeiterbewegung weit grundsätzlicher geführt wurden, als man es heute meist gewohnt ist, war sie eine der vernehmbarsten Stimmen. Weder durch die Hindernisse, die die Gesellschaft aufbaute (sie studierte auch deshalb in der Schweiz, weil das in Deutschland für Frauen noch nicht möglich war), noch in der Partei ließ sie sich davon abhalten. Als sie 1898 in die SPD eintrat, war das noch zehn Jahre lang illegal; selbst noch 1906, als sie ihre Tätigkeit an der Parteischule aufnahm.

Über Jahre hinweg führte sie eine Auseinandersetzung mit Lenin. Die eigentlich als interne Debatte der russischen Sozialdemokratie begann, denn Kongresspolen war Teil des russischen Reiches. Wobei die Positionen auf den ersten Blick überraschen dürften. Was Luxemburg, die in Polen geborene, besonders vehement ablehnte, war der Begriff vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen, den Lenin, der Großrusse, ebenso vehement vertrat; eine Debatte, die sich über zwei Jahrzehnte hinzog, und in ihrer letzten Phase, im Jahr 1918, keine Auseinandersetzung über eine Theorie mehr war, sondern eine über Praxis.

In ihrem kurzen Aufsatz über die russische Revolution, den sie noch im Gefängnis schrieb (und der erst Jahre nach ihrer Ermordung im Januar 1919, nämlich 1922, veröffentlicht wurde), wiederholte sie ihre

Position ein letztes Mal:

"Während Lenin und Genossen offenbar erwarteten, daß sie als Verfechter der nationalen Freiheit 'bis zur staatlichen Absonderung' Finnland, die Ukraine, Polen, Litauen, die Baltenländer, die Kaukasier usw. zu ebenso vielen treuen Verbündeten der russischen Revolution machen würden, erlebten wir das umgekehrte Schauspiel: Eine nach der anderen von diesen 'Nationen' benutzte die frisch geschenkte Freiheit dazu, sich als Todfeindin der russischen Revolution gegen sie mit dem deutschen Imperialismus zu verbünden und unter seinem Schutze die Fahne der Konterrevolution nach Rußland selbst zu tragen."

Im März 1918, fünf Monate nach der Oktoberrevolution, war der Frieden von Brest-Litowsk geschlossen worden, im September und Oktober 1918 schrieb sie ihren Aufsatz, am 11. November wurde, auch dank der inzwischen in Deutschland ausgebrochenen Revolution, der Vertrag von Brest-Litowsk annulliert, aber nur ein Teil seiner Ergebnisse. Die Umstände dieses Vertrags waren ihr vermutlich nicht näher bekannt; man kann ihr aber nicht zum Vorwurf machen, im Gefängnis nicht umfassend informiert gewesen zu sein. Erstaunlich genug, dass es ihr, zusammen mit dem ebenfalls inhaftierten Karl Liebknecht, dennoch gelang, rund um die "Spartakusbriefe" die deutschen Kriegsgegner zu sammeln. Jedenfalls warf sie den Bolschewiki – und damit Lenin – vor, die zahlreichen Abtrennungen von russischem Gebiet selbst gefördert zu haben:

"Die realen Klassengegensätze und die militärischen Machtverhältnisse haben die Intervention Deutschlands herbeigeführt. Aber die Bolschewiki haben die Ideologie geliefert, die diesen Feldzug der Konterrevolution maskiert hat, sie haben die Position der Bourgeoisie gestärkt und die der Proletarier geschwächt. Der beste Beweis ist die Ukraine, die eine so fatale Rolle in den Geschicken der russischen Revolution spielen sollte. Der ukrainische Nationalismus war in Rußland ganz anders als etwa der tschechische, polnische oder finnische, nichts als eine einfache Schrulle, eine Fatzkerei von ein paar Dutzend kleinbürgerlichen Intelligenzlern, ohne die geringsten Wurzeln in den wirtschaftlichen, politischen oder geistigen Verhältnissen des Landes, ohne jegliche historische Tradition, da die Ukraine niemals eine Nation oder einen Staat gebildet hatte, ohne irgendeine nationale Kultur, außer den reaktionär-romantischen Gedichten Schewtschenkos. Es ist förmlich, als wenn eines schönen Morgens die von der Waterkant auf den Fritz Reuter hin eine neue plattdeutsche Nation und einen selbständigen Staat gründen wollten!"

Alexander Rabinowitschs Buch "Die Sowjetmacht – Das erste Jahr" beschreibt sehr plastisch, in welcher Zwangslage sich die junge sowjetische Regierung damals tatsächlich befand. Zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung stand das deutsche Militär gerade einmal 70 Kilometer von Petrograd entfernt; die zaristische Armee existierte nicht mehr, weil die Bauernsöhne heimgekehrt waren (wovon sie keine Macht der Welt hätte abhalten können), eine neue Armee war noch nicht geschaffen und der Koalitionspartner, die Sozialrevolutionäre, vereinfachte die Lage auch nicht, weil er der romantischen Vorstellung folgen wollte, mit wehenden Fahnen unterzugehen. Diesen Vertrag zu unterzeichnen, war also die einzig mögliche rationale Entscheidung – auch wenn er die Abtrennung Finnlands, Polens, der Ukraine und einer Reihe weiterer Gebiete zur Folge hatte. Es waren weit mehr die konkreten Umstände, die dazu führten, als die zuvor geäußerte theoretische Position; würde man Luxemburg selbst an die Stelle Lenins setzen, in diesem Moment – sie hätte auch nicht anders entschieden. Teilweise gesteht sie das ein:

"Freilich, ohne die Hilfe des deutschen Imperialismus, ohne 'die deutschen Gewehrkolben in deutschen Fäusten', wie die 'Neue Zeit' Kautskys schrieb, wären die Lubinskys und die anderen Schufferles der

Ukraine sowie die Erichs und Mannerheims in Finnland und die baltischen Barone mit den sozialistischen Proletariermassen ihrer Länder nimmermehr fertig geworden."

Luxemburg hatte, vor ihrer Zeit in Deutschland, einen langen Streit mit der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) geführt, die die Forderung nach einer polnischen Unabhängigkeit vertrat. In ihrer Schrift "Nationalitätenfrage und Autonomie" aus dem Jahr 1908 führte sie genauer aus, warum sie nicht Unabhängigkeit, sondern eine selbstverwaltete Autonomie innerhalb des russischen Reiches für die richtige Forderung für Kongresspolen hielt:

"Heute wäre also die Idee, das Handels- und Zollgebiet Russlands wieder in einzelne Provinzterritorien zu zerschlagen, gleichbedeutend mit dem Ansinnen, von der großindustriellen Produktion zu den Formen der Vormanufakturproduktion zurückzukehren, mit denen zusammen die Zollautonomie Polens begraben wurde, also mit dem Ansinnen, den polnisch-russischen Kapitalismus zu vernichten, doch nicht mit Hilfe der revolutionären Methode, die nach weit fortschrittlicheren Verhältnissen strebt, sondern umgekehrt mit Hilfe der reaktionären Methode durch das Zurücksetzen auf bereits überlebte und längst überwundene Verhältnisse."

Diese Position hatte sie auch auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale 1896 in London vertreten, wo sie dem damaligen Gegenspieler und PPS-Mitbegründer Józef Pilsudski begegnete, der später über das abgetrennte Polen herrschte.

Eine Prognose, die Pilsudski-Polen später bestätigt hat, und die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion gewissermaßen wiederholte. Keines der abgetrennten Gebiete erlebte danach eine wirtschaftliche und soziale Blüte. Faktisch sind gerade die baltischen Kleinstaaten ohne Subventionen nicht lebensfähig, und die einzig möglichen Rollen für Staaten dieser oder noch geringerer Größe, als Tummelplatz für Briefkastenfirmen, Steuerhinterzieher und die Jeunesse Dorée, sind bereits vergeben, an die Schweiz, Luxemburg, Monaco ... abgesehen davon, dass Bevölkerungen von knapp drei bis nur eineinhalb Millionen für eine eigene Sprache eine Zweitsprache geradezu erzwingen.

"Neben den allermächtigsten Nationen, den Wortführern der kapitalistischen Entwicklung, die über die für ihre wirtschaftliche und politische Selbständigkeit notwendigen materiellen und geistigen Mittel verfügen, wird die 'Selbstbestimmung', die selbständige Existenz der kleineren und kleinen Nationen zu einer immer größer werdenden Illusion. Die Rückkehr aller oder auch nur eines beträchtlichen Teils der heute niedergedrungenen Nationen zu ihrer selbständigen Existenz wäre nur insoweit möglich, wie kleinstaatliches Dasein im kapitalistischen Zeitalter Chancen und Zukunftsaussichten besäße."

Auch das ist eine durchaus zutreffende Bewertung. Wobei die Voraussetzungen für die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit heute noch weit höher sind als vor über hundert Jahren, als dieser Text entstand. Allerdings hat genau der Begriff vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen in einem ganz anderen Zusammenhang eine weitaus positivere Rolle gespielt – in den Befreiungskämpfen der Kolonien. Selbst wenn der Weg von einer nominellen zu einer faktischen Souveränität von Rückschlägen und Widersprüchen geprägt ist; eine wirkliche Entwicklung setzt in diesen Fällen eben jene Selbstbestimmung voraus. Das letzte Urteil darüber, wo im Streit zwischen Luxemburg und Lenin die Wahrheit liegt, ist noch nicht gesprochen.

Wobei Luxemburg sicher auch diese Frage bezüglich der Kolonien konkret entschieden hätte. Ihre Haltung zur Unabhängigkeit Polens sowie zur Ukraine beruhte schließlich auf einer konkreten Kenntnis der Verhältnisse, aus einer Untersuchung der wirtschaftlichen wie der politischen Zusammenhänge (die

von ihr bezogen auf Polen in dem oben erwähnten Buch ausführlich dargestellt werden). Sie war schließlich nicht jemand, der Politik aus der Ferne betrachtet, sondern jemand, der seit seiner Schulzeit in praktische politische Auseinandersetzungen involviert war, und schätzte den Marxismus vor allem als Werkzeug: "Der marxistische Sozialismus unterscheidet sich unter anderem dadurch von allen anderen 'Sozialismen', dass er nicht behauptet, in der Tasche für jedes in der geschichtlichen Entwicklung entstandene Loch Flicker zu besitzen."

Luxemburg begab sich mit solcher Selbstverständlichkeit in die politischen Gefechte, dass man fast geneigt ist, völlig zu übersehen, wie weit sie gerade darin ihrer Zeit voraus war. Wenn man ihre Haltung, ihre Konsequenz und ihre gedankliche Tiefe mit dem vergleicht, was sich aktuell als bürgerliches Quotenmaterial auf den Gängen der europäischen Politik herumtreibt, wird erst ihre wahre Größe deutlich. Und das Fehlen fühlbar.

Wäre sie ein Vorbild für die jungen Frauen, der Frauentag wäre seiner ursprünglichen Bedeutung wieder näher. Und was sich aus ihrer Sicht auf die damalige Zeit lernen lässt, ist vor allem die Anforderung, selbst zu denken. Was sich aus ihrem Leben lernen lässt, sind Kühnheit und Ausdauer. Den richtigen Weg gilt es jeweils selbst zu finden:

"Die Geschichtsdialektik hat nämlich gezeigt, dass es 'ewige' Wahrheiten und so auch 'Gesetze' gar nicht gibt, dass, um mit den Worten von Engels zu sprechen, 'das, was jetzt oder hier gut, dort oder dann schlecht wird und umgekehrt', dass das, was unter bestimmten Umständen richtig und vernünftig sei, unter anderen zu Unrecht und Unsinn werde."

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln